

In Libanon kollabiert das Bildungssystem

Schon vor dem Wirtschaftskollaps war eine gute Ausbildung teuer, doch jetzt ist auch die Mittelschicht mit den Schulkosten überfordert

CHRISTIAN WEISFLOG

Als George Zreik das Geld fehlte, um die Privatschule seiner Tochter zu bezahlen, sah er nur noch schwarz. Er fuhr mit seinem Taxi zum Schulhof, übergoss sich mit Benzin und zündete sich an. Die Tragödie in einem kleinen Dorf in Nordlibanon erschütterte vor gut einem Jahr das ganze Land. Viele solidarisierten sich mit Zreik, doch ahnten sie nicht, bald in einer ähnlich ausweglosen Situation zu sein. Im Oktober kollabierte das Bankensystem, landesweite Proteste legten die Wirtschaft während Wochen lahm.

Dann kamen die Corona-Krise und der Lockdown. Die libanesische Währung stürzte weiter ab, die Preise schossen in die Höhe. Nun kann sich auch Yusef al-Haddad die Privatschule für seine drei Kinder nicht mehr leisten. Bereits vorher gab er fast sein ganzes Jahresalär aus, um die umgerechnet 7000 Dollar für die Bildung seiner Kinder aufzubringen. «Grundlegende Dinge wie Nahrungsmittel sind jetzt viermal so teuer», sagt Haddad. «Die Menschen können ihre Kühlschränke nicht mehr füllen, wie sollen sie den Schulunterricht bezahlen?»

Schlechte öffentliche Schulen

Haddad, dessen wirklicher Name geheim bleiben soll, lebt in einem Dorf ausserhalb der Hauptstadt Beirut und ist Fahrer für eine Privatfirma. «Wir bekamen keine gute Bildung. Es war deshalb mein Ziel, dass meine Kinder sie erhielten.» Jetzt muss Haddad ihnen erklären, warum sie fortan in eine staatliche Schule müssen. Besonders schmerzhaft ist das für seine 12-jährige Tochter Yara. «Sie fürchtet sich, und ehrlich gesagt habe auch ich Angst», sagt der 43-Jährige. «Der Unterricht und der Umgang mit den Kindern in öffentlichen Schulen sind sehr schlecht, speziell ausserhalb von Beirut.» Yara sei die Klassenbeste gewesen. «Seit sie sprechen konnte, habe ich ihr gesagt, sie solle die Schule ernst nehmen. Und sie hörte auf mich», erzählt Haddad. Jetzt habe sie kaum noch Chancen, an einer guten Universität zu studieren. «Sie hat Ambitionen. Aber jetzt entgleiten sie ihr.»

«Vor allem die öffentlichen Grundschulen sind in einem bedauernden Zustand», sagt auch Siham Antoun. Sie unterrichtet selbst an einer staatlichen Schule, ist in einer unabhängigen Lehrgewerkschaft aktiv und war Kandidatin der Opposition bei den Parlamentswahlen 2018. «Der Staat investiert nicht, das Bildungsministerium ist voller Korruption, es gibt kaum eine Aufsicht, Lehrplan und Lehrmittel sind veraltet.» Duster fügt sie hinzu: «Einige Eltern werden ihre Kinder zur Arbeit anstatt in die Schule schicken, um zu überleben.» Zudem werde es für viele Kinder, die zuvor an Privatschulen gingen, gar keinen Platz an staatlichen Schulen geben.

Antoun schätzt die Zahl der Kinder, die nun ihre Privatschulen verlassen müssen, auf rund 100 000. Eine enorme Zahl. Der staatliche Bildungssektor in Libanon ist nicht nur qualitativ schlechter, er ist auch kleiner als der private. Nur etwa 30 Prozent der Schüler besuchen öffentliche Einrichtungen. Und diese sind durch den Zustrom von 450 000 syrischen Flüchtlingskindern bereits überlastet. Um zumindest der Hälfte von ihnen eine Schulbildung zu ermöglichen, wurde ein Rotationsystem eingeführt. Die libanesischen Kinder werden am Morgen, die syrischen am Nachmittag unterrichtet.

Schuldenberg angehäuft

Der Staat müsste jetzt massiv in das öffentliche Bildungssystem investieren. Doch er ist pleite. Er hat einen Schuldenberg von über 90 Milliarden Dollar angehäuft und kann die horrenden Zinsen nicht mehr bedienen. Die Schulden werden zu 60 Prozent von den eigenen Banken gehalten, die deshalb nun auch kollabieren. Die Geldinstitute haben vor allem die Dollar-Guthaben der Bürger weitgehend eingefroren. Massenproteste zwangen die Allparteienregierung von



Schüler während einer Pause in einer öffentlichen Schule in der Nähe von Beirut im vergangenen Dezember. MOHAMED AZAKIR / REUTERS

Saad Hariri im Oktober zum Rücktritt. Die Demonstranten forderten eine Übergangsregierung aus unabhängigen Technokraten, Neuwahlen und Reformen. Doch bis heute geschah nichts. Die Parlamentsmehrheit des Hizbullah und seiner Verbündeten installierte im Februar eine neue Regierung. Der neue Ministerpräsident Hassan Diab war Professor an der Amerikanischen Universität und früher einmal Bildungsminister. Er versprach in blumigen Worten, die Protestbewegung ernst zu nehmen. Doch bis jetzt hat seine Regierung kein klares Reformprogramm vorgelegt, während die libanesische Währung weiter abstürzt. Lag der Mindestlohn früher umgerechnet bei 400 Dollar, beträgt er nun noch 100 Dollar.

Keine Hilfskredite

Ohne Reformprogramm wird es jedoch die dringend benötigten Hilfskredite vom Internationalen Währungsfonds (IMF) nicht geben. Diabs Regierung verhandelt seit Wochen über eine Milliardenspritze. Doch es sieht nicht gut aus. Mitte Juni warf einer der Berater des Finanzministeriums für die Gespräche mit dem IMF wütend das Handtuch. «Das Establishment scheint weitermachen zu wollen wie bisher», erklärte Henri Chaoul seinen Rücktritt in einem offenen Brief. Wenn so weitergeht, dürfte sich auch die Krise im Bildungswesen zuspitzen. Bereits jetzt ist an den Privatschulen eine Entlassungswelle im Gang. «Wir wurden gezwungen, vor dem 5. Juli unsere Kündigung zu unterschreiben», erzählt eine Englischlehrerin, die anonym bleiben will. Nennen wir sie Zeina. Bereits seit März habe sie nur noch die Hälfte ihres Lohnes erhalten. «Hätten wir nicht unterschrieben, wäre uns die andere Hälfte und der Lohn während der Sommerferien nicht ausbezahlt worden.»

Der 5. Juli ist ein Stichtag. Hat eine Schule das Arbeitsverhältnis mit einer Lehrperson bis dahin nicht aufgelöst, muss sie diese für ein weiteres Jahr beschäftigen und entlohnen. Zeinas Schule hat das Risiko, dass viele Eltern im September die Gebühren für das neue Schuljahr nicht mehr bezahlen können, deshalb auf die Lehrer abgewälzt. Sollte Zeina von ihrer Schule in zwei Monaten wieder eingestellt werden, dann vermutlich nur noch zum halben Lohn. Die Mutter von drei Kindern rutscht dadurch unweigerlich in die Armut ab. Betrug ihr Monatslohn bis im Oktober noch umgerechnet 1200 Dollar, liegt er jetzt noch bei 400 Dollar, später wären es noch 200. Weil Libanon viele Grundnahrungsmittel importieren muss, steigen gleichzeitig die

Preise in den Supermärkten rasant. Die Armutsrate im Land ist in einem halben Jahr von 30 auf 50 Prozent angestiegen.

Zeinas Schule ist kein Einzelfall. In einem offenen Brief an den Staatspräsidenten warnte Boutros Azar, Generalsekretär der katholischen Schulen, im Mai: «Die Mehrheit unserer Schulen, nicht weniger als 80 Prozent, steuert auf ihre Schliessung zu.» Ein solches Szenario wäre katastrophal, besuchen in Libanon doch zwei Drittel der Privatschüler eine katholische Einrichtung.

Die Krise betrifft auch die Amerikanische Universität in Beirut (AUB), das Juwel und der Stolz des libanesischen Bildungssystems. Von den Delegierten, die 1945 in San Francisco die Uno gründeten, waren 19 ehemalige Studenten der AUB. Nun aber gab die Universitätsleitung kürzlich bekannt, ein Viertel der insgesamt 6500 Mitarbeiter entlassen zu müssen. Auch Studenten wechseln derzeit von den teuren Privatuniversitäten an staatliche Hochschulen. Doch dies sei noch nicht das Hauptproblem der AUB, sagt Professor Charles Harb, der auch im Senat der Universität sitzt. Die Entlassungen und Verluste betrafen vor allem das Unispital: «Das Medical Centre machte bereits vor der Protestwelle im Oktober jeden Monat einen Verlust von 2 Millionen Dollar.»

ANZEIGE

Die Bank für

grosse und kleine Bilanzen.

Was die Bedürfnisse von Unternehmen angeht, kennen wir uns genauso gut aus wie im Bankwesen. Profitieren Sie von unseren Bankdienstleistungen für Firmen jeder Grösse. Besuchen Sie uns auf migrosbank.ch/firmenkunden.

Rechnen Sie mit uns.